Nr. 106. 20. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich M. 1,20, vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Mittwoch, den 9. Mai 1906.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰ für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet. Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Seilerstr. 27, pt. l. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 72, Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen

Hierzu eine Beilage.

Die Politik der Bosheit.

Man traut dem Protzentum zu viel Verstand zu, wenn man annimmt, daß alle seine Aktionen gegen die klassenbewußte Arbeiterklasse von Berechnungen seiner Klasseninteressen eingegeben sind. Neben der Profit- und Machtgier läuft jenes weitere Motiv einher, das Schopenhauer als andere Giftfrucht des blinden Egoismus rubriziert, die triebhaft tierische Bosheit, die ihren Aerger durch Bosheiten ausläßt, wovon sie selber nicht allein keinen Nutzen, sondern mehr oder weniger Schaden leidet. Ganz im Geiste Mephistos, der eingestehen muß: „So viel als ich schon unternommen, ich wußte nicht ihr beizukommen, man möchte rasend werden“, worauf Faust: „So setzest Du der ewig regen, der heilsam schaffenden Gewalt, die kalte Teufelsfaust entgegen, die sich vergebens tückisch ballt.“

Wie sehr sich die Unternehmer mit den Maiaussperrungen in die Nesseln gesetzt haben, konnten wir in unserem Blatt schon mehrfach nachweisen. Und daß sie der Maifeier damit so wenig Abbruch tun, so wenig beikommen können, wie die Teufelspraktiken der „heilsam schaffenden Gewalt“ der Lichtregion, können sie selber aus siebzehnjähriger Erfahrung wissen. Im Gegenteil erhöhen sie damit nur deren Wertschätzung bei den Arbeitern und bewirken, daß sie von Jahr zu Jahr solenner, begeisterter und von immer größeren Arbeiterscharen begangen wird; auch damit dem Faustwort entsprechend, daß der Geist, der das Böse will, das Gute schafft.

Also die blanke Politik der Bosheit.

Diese Herren von „Bildung und Besitz“ beweisen damit, wie wenig ihre „Bildung“ sie über die ungebildeten Schichten erhebt, bei denen solche Bosheitspraktiken häufig sind, wofür das Sprichwort geprägt ist: „Er läßt sich's ein Ohrläppchen kosten, damit der andere beide verliert.“ Die Gerichtschronik kennt zahlreiche Fälle von Bauern, die ihr Hab und Gut und Zuchthaus und körperliche Verstümmelungen daran setzen, nur damit ihr Gegner tüchtig hineingelegt ward. Haben doch sogar kürzlich die Blätter einen aus reiner Bosheit wider einen Verwandten verübten Selbstmord berichtet!

Insofern aber hat die Bosheitspolitik des Unternehmertums eine originelle Seite, als sie keine bloß individuelle ist, sondern eine kollektive, und damit einen Beitrag zur Psychologie der Kapitalisten liefert.

Man sollte denken, bei einer auch nur minimalen Dosis Anständigkeit gegen das Proletariat müßte das Unternehmertum endlich zu dem Arbeiterfeiertag gute Miene machen und ihm keinerlei Hindernisse in den Weg legen wollen, und noch weniger Repressivmaßregeln hinterher verüben. Es ist ja längst nicht mehr an dem, daß die Arbeitsruhe ihnen überraschend kommt und einschneidende Betriebsstörungen verursachen könnte. Die Feier hat sich nun ein halbes Menschenalter eingebürgert, unsere Presse kündigt sie wochenlang vorher an, die Betriebe können sich also zum voraus darauf einrichten, ebenso wie auf jeden anderen Feiertag. Wenn die Unternehmer wegen einer Familienfeier oder einer national-chauvinistischen oder byzantinischen Veranstaltung schließen, müssen es sich die Arbeiter ungefragt gefallen lassen und büßen ihren Verdienst ein. Und wenn die Arbeiter einen einzigen Tag im Jahre das Klassenfest feiern, das ihnen aus Herz gewachsen ist, steigt den Unternehmern der Koller in die Schädel und sie lassen ihre Bosheit an den Arbeitern aus!

Erfreulicherweise gibt es auch andere Unternehmer, die so viel Anständigkeitsgefühl im Leibe haben, sich in die Maifeier zu schicken. In Süddeutschland ist man auch hierin fortgeschritten, von Maßregelungen daselbst hat man dieses Jahr nichts gehört.

Ad vocem Anständigkeit: wäre es nicht auch am Platze gewesen, daß der Reichstag am 1. Mai aus Rücksicht auf die starke sozialdemokratische Fraktion keine Sitzung abgehalten hätte? Setzt er doch auch aus Rücksicht auf das Zentrum an katholischen Marienfeiertagen aus! In diesem Jahr hat sich uns das besonders aufgedrängt, da am Vormittag die Sitzung ausfiel wegen der Bestattung des Ministers Budde.

In der ersten Beilage unserer Nummer 104 ist Herr Ballin treffend an die Pharisäer unter seinen palästinensischen Vorfahren erinnert worden. Wir möchten dem noch die weitere Reminiszenz hinzufügen, daß der gekrönte Fanatiker Antiochus Epiphanes genau so gegen die jüdische Sabbatfeier gewütet hat, wie der Maiaussperrungsfanatismus gegen die Arbeiter, und mit genau dem gleichen Erfolge, wie in den Büchern der Makkabäer zu lesen.

Festgenagelt und an den Pranger gestellt soll werden, daß die regierungsoffiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sich nicht versagen konnte, in einem niedlichen Hetzartikelchen das Unternehmertum gegen die Maifeier und die Feiernden scharf zu machen. Nobel von einem Regierungsorgan — was?

Uebrigens wird die Politik der Bosheit nicht bloß von den Unternehmern praktiziert. Auch aus manchen Urteilen resp. Strafanträgen der Klassenjustiz blitzt ihr böser Blick hervor, wenn sie auch den Abschreckungszweck zu verfolgen vielleicht sich selber einredet.

Die Bosheitspolitik, auf welchem Gebiet sie sich auch immer zeigen möge, hat stets wenig Aussicht auf Erfog. Zorn und Rachegelüste sind immer schlechte Ratgeber. Man will den Gegner im Moment verletzen, was ja manchmal gelingt; aber man setzt das eigene Interesse dabei aus den Augen und schädigt sich in letzter Linie selbst. Ein so kostspieliges Vergnügen können sich die überreichen Protzen ja allenfalls gestatten; die kleineren Unternehmer aber werden von den Folgen schwer betroffen. Ständen sie nicht unter der Einwirkung des Terrorismus der Großen, so würden sie schwerlich mitmachen, sondern mit ihren Arbeitern Frieden zu halten versuchen.

Wenn aber schon die Großen zur Befriedigung ihrer brutalen Klasseninstinkte das Geld wegwerfen, so hat das doch auch von ihrem Standpunkt einen Sinn nur, wenn sie hoffen können, die Arbeiter wenigstens für die Zukunft wirklich unter das Joch zu beugen und ihre Kampforganisationen zu ruinieren. Die Erfahrung aber könnte sie belehren, daß der Erfolg der gegenteilige ist. Die Politik der Rache schmiedet die Arbeiter nur um so fester an ihre Organisationen und treibt diesen immer neue Scharen zu, weil sie in der Organisation allein Schutz und Schirm gegen die boshaften Rachegelüste des machtgierigen Unternehmertums finden.

So bewährt sich die unkluge Politik der Bosheit auch hier als die Kraft, die das Böse will, aber das Gute schafft.

Die Revolution in Rußland.

Das neue Ministerium und die Duma.

Der Petersburger Korrespondent der „Voss. Ztg.“ schreibt: An zuständigen Stellen wird über die Absichten des neuen Kabinetts mitgeteilt, daß der Zar und das Kabinett auf dem Boden des Oktobermanifestes stehen. Man geht sogar so weit, zu erklären, daß Zar wie Kabinett überzeugt seien, Rußland könne nicht anders als „streng konstitutionell“ regiert werden. Die wesentlichste Aufgabe des Kabinetts bestehe darin, den Ausbau der versprochenen Freiheiten möglichst schnell und ohne Beunruhigung größerer Volkskreise einzuleiten. Hierbei sei das Ministerium durch keinerlei Engherzigkeit von irgend einer Seite eingeschränkt, auch sei es nicht geneigt, der Initiative der Duma irgendwelche Schranken aufzuerlegen. (?) Die Zusammensetzung der Duma mache keinerlei Sorge. Der Zar habe im Gegenteil mit Genugtuung wahrgenommen, wieviel tüchtige, arbeitsfreudige und durchaus zuverlässige Männer in den Reihen der heutigen Opposition stünden. Bei einigem guten Willen auf beiden Seiten würde sich in allen Fragen der Weg der Verständigung finden lassen. Man solle nur nicht von vornherein dem Kabinett den guten Willen absprechen. Von Reaktion sei keine Rede. Die Lage sei sehr erschwert worden dadurch, daß die Gesellschaft durch den Entwurf des Staatsgrundgesetzes von neuem beunruhigt und herausgefordert wurde. Der ursprüngliche Entwurf habe lediglich die Abgrenzung der Rechte der Krone und des Parlaments angestrebt, dann habe Witte gerade die Zusätze hineingetragen, die die Gesellschaft am meisten erregten.

„Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!“

*

Ministerwechsel.

Durch kaiserliche Erlasse wird verfügt: Der Gehülfe des Geschäftsführers des Ministerkomitees, Wuitsch, wurde zum Senator ernannt und Fürst Obolensky seines Amtes als Oberprokurator des Heiligen Synods enthoben, unter Belassung der Eigenschaft als Mitglied des Reichsrates. Der Minister für die Verkehrswege, Nemeschajew, wurde seiner Stellung enthoben. Der Chef der landwirtschaftlichen Verwaltung, Nikolsky, wurde seiner Stellung enthoben; an seine Stelle tritt Stichinsky. Finanzminister Schipow wurde seines Amtes enthoben, desgleichen Unterrichtsminister Graf Tolstoi, an dessen Stelle Senator Kaufmann tritt. Der Reichskontrolleur Filossofow wurde seines Amtes enthoben, unter Ernennung zum Mitglied des Reichsrates; an seine Stelle tritt Schwanebach. Justizminister Akimow wurde seines Amtes enthoben, unter Ernennung zum Mitglied des Reichsrates; an seine Stelle tritt sein Gehülfe Schtscheglowitow. — Die Gehülfen des Ministers des Auswärtigen, Fürst Obolensky, Neledinsky, Meletsky und des Reichssekretärs, Senator Charitonow sowie Senator Lukjanow wurden in den Reichsrat berufen.

*

Neue revolutionäre Schilderhebungen.

Offiziöse Depeschen aus Riga, 7. Mai, lauten: Eine Bande von 15 Bewaffneten überfiel gestern Abend die Station Schock unweit Tukkum, tötete einen Gendarm, einen Schutzmann, den Vorstand des Postbureaus, einen Schreiber, einen Artillerieoffizier, der sich zufällig dort befand, und plünderte die Kasse des Bahnhofes und die Postbureaux. Zwei Kompagnien Infanterie sind von Riga zur Verfolgung der Verbrecher entsandt. — Eine Bande von Revolutionären ermordete mit Dolchen und Beilen im Distrikt Wenden einen Grundbesitzer sowie seine Frau und Sohn und verletzten dessen Tochter schwer.

Das ist die Antwort auf die Henkerarbeit der Zarenschergen!

*

Aus Warschau.

Vor einiger Zeit wurde über die Ermordung des jungen Kaufmanns Eduard Toeplitz in Warschau berichtet. Eine spätere Meldung besagte, daß Eduard Toeplitz das Haus seines Vaters verwaltet hat, wo Rosa Luxemburg Wohnung nahm, und daß er, als Rosa Luxemburg verhaftet wurde, in den Verdacht geriet, sie der Polizei verraten zu haben. Dies sei die Ursache seiner Ermordung gewesen. Ein Bruder des Ermordeten, Herr Ludwig Toeplitz, stellvertretender Direktor der Banca Commerciale Italiana in Turin, schreibt der „Voss. Ztg.“ hierzu:

„Mein Bruder Eduard Toeplitz verwaltete das Haus unserer Mutter in Warschau, Jasnastraße 5, wo Rosa Luxemburg nie gelebt und gewohnt hat. Diese wohnte in der Jasnastraße1 in einer Pension, wo sie auch verhaftet wurde. Nach Aussagen der polnischen sozialdemokratischen Partei war es der Partei unbekannt, wer der Verräter von Rosa Luxemburg gewesen ist, auch wurde in jener Zeit (April 1905) kein Todesurteil seitens der Partei gefällt. Die Partei erklärte, sie habe absolut nichts mit dem Morde meines Bruders zu tun, absolut keinen Grund gehabt, gegen den Ermordeten vorzugehen, der zu keiner Partei gehörte und von der sozialistischen Partei eher als eine mit ihr sympathisierende Persönlichkeit, denn als ein Gegner betrachtet war. Ungefähr gleiche Erklärungen gaben die Parteien „Bund“ und „Proletariat“ ab. Die P. P. S. (polnische sozialistische Partei) erklärt in Nr. 88 ihres Organs „Robotnik“ („Der Arbeiter“), ausgegeben in Warschau“ am 28. April, daß der bloße Verdacht, es könne sich um eine politische Rache handeln, das Andenken des unglücklichen Opfers des Banditentums beleidige. Eduard Toeplitz sei als ehrlicher Mensch bekannt gewesen.“

*

Gapons Ende.

Die Redaktionen der großen Petersburger Blätter haben folgendes Schreiben erhalten:

Das Arbeitergericht hat festgestellt:

1. Daß Georg Gapon, nachdem er im Dezember 1905 nach Petersburg zurückgekehrt war, mit Witte in Verbindung trat, daß er eine Reihe von Zusammenkünften mit dem früheren Direktor des Polizeidepartements Lopuchin und dessen Gehülfen Ratschkowsky gehabt hat, daß er mit dem Leiter der Petersburger Geheimpolizei Gerassimoff unterhandelt hat. Diese Personen versprachen ihm ihren Beistand bei Wiedereröffnung der Abteilungen seines Verbandes, wenn er ihnen erzähle, was er von der Revolution und den Revolutionären wisse. Gapon erzählte.

2. Um den 28. Januar 1906 schrieb Gapon einen Brief an den Minister des Innern Durnowo, in dem er seine frühere revolutionäre Tätigkeit und die Vorgänge vom 22. Januar 1905 leugnete. Dieser Brief wurde durch Ratschkowsky übergeben.

3. Georg Gapon erhielt von Ratschkowsky und Gerassimoff den Auftrag, die Verschwörungen gegen den Zaren, gegen Witte und Durnowo auszukundschaften und zu verraten. Er nahm es auf sich, einen seiner Anhänger zu „verführen“. Er suchte ihn zu überreden, 25 000 Rubel für die Entdeckung einer Verschwörung zu nehmen, für vier Verschwörungen könne man 100 000 Rubel verdienen. Im Namen Ratschkowskys garantierte Gapon dem Verräter volle Sicherheit für den Fall, daß sein Verrat entdeckt werden sollte.

4. Georg Gapon wurde am 3. November 1905 amnestiert. Das wußte er, trat aber mit der Regierung in Verbindung, erhielt von ihr Geld und einen falschen Paß auf den Namen Grebnitzky. Für kurze Zeit ging er nach dem Auslande. Nachdem er im Dezember 1905 zurückgekehrt ist, wohnte er mit diesem Passe in Petersburg und erklärte den Arbeitern, er sei gezwungen, illegal zu wohnen, da die Regierung ihn verfolge.

5. Seinen Einfluß auf den Arbeiter Tscheremuchin mißbrauchend, gab ihm Gapon einen Revolver und verleitete ihn zu schwören, daß er den Arbeiter Petroff töten werde, der eine Reihe von Tatsachen veröffentlichte, die über das Verhältnis Gapons zur Regierung Licht verbreiteten. Tscheremuchin erschoß sich aber mit diesem Revolver selber und zwar in einer Sitzung, in der Gapon den Vorsitz führte.

6. Außer den 10 000 Rubeln, die Gapon für die in England veröffentlichte Schilderung der Vorgänge des 22. Januar erhielt, bekam Gapon im Sommer 1905 von einer Privatperson 50 000 Franken für die Arbeitersache. Dieses Geld ward den Arbeitern nicht übergeben.

Der überführte Gapon gestand das alles selbst, erklärte aber, er hätte das zur Verwirklichung einer „Idee“ gemacht, die er dabei gehabt hat.

Georg Gapon ist ein Verräter, Agent provokateur und hat Arbeitergeld unterschlagen, er hat das Andenken und die Ehre der am 22. Januar 1905 gefallenen Genossen geschändet.

Georg Gapon ist zum Tode verurteilt.

Dieser Spruch ist ausgeführt worden.

Mitglieder des Gerichts.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, 7. Mai. Heute wurde die Debatte über die Zigarettensteuervorlage fortgesetzt und auch beendet. Vergebens bemühten sich unsere Genossen Geyer, v. Elm und Molkenbuhr und der Pole Graf Mielzynski, das Gesetz zu verbessern bezw. die schärfsten Bestimmungen zu mildern. Die Mehrheit redete nicht, abgesehen von einigen unbedeutenden Bemerkungen Dr. Jägers oder des Berichterstatters Held; sie stimmt für die Pfuscharbeit der Kommission und gegen die Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten oder der Polen. Das einzige Zugeständnis, das man den Zigarettenhändlern machte, ist, daß sie nach Inkrafttreten des Gesetzes eine Frist von drei Monaten zum Verkauf ihrer alten Vorräte erhalten. Der arbeiterfeindliche Charakter der Mehrheit zeigte sich bei der Stellungnahme zu dem sozialdemokratischen Entschädigungsantrag, wonach Arbeiter und Arbeiterinnen, die infolge der Wirkungen dieses Gesetzes brotlos werden, eine Entschädigung erhalten sollen, abgestuft nach der Zeit, die sie in der Zigarettenindustrie beschäftigt waren. Als es sich um den Erlaß des Süßstoffgesetzes und um die Beseitigung der Privatpostanstalten handelte, ja, da war die Mehrheit für Geldentschädigungen der zum Teil schwer reichen Unternehmer; aber jetzt, wo sich's um arme Arbeiter handelt, da erklärt die Regierung in holder Uebereinstimmung mit dem Zentrum und den Nationalliberalen: Nein, das geht nicht! Mögen die brotlos werdenden Arbeiter sehen, wo sie anderweit Beschäftigung finden; mögen die Tausende von jungen Mädchen der Prostitution anheimfallen oder mögen sie verhungern, was kümmerts uns. Menschenfleisch ist ja so billig; wozu also noch Entschädigung für künstlich herbeigeführte Verminderung der Arbeitsgelegenheit?

Nach Fertigstellung der Zigarettensteuervorlage bis auf § 2, der morgen zur Abstimmung kommen soll, kam die Frachturkundensteuervorlage an die Reihe. Nachdem man vor einigen Jahren auf die Frachturkunden für die Seeschifffahrt eine Steuer gelegt und die beteiligten Kreise nicht laut genug dagegen geschrien haben nach dem Muster der notleidenden Landwirte, hat man wahrscheinlich angenommen, daß man den Reedern bezw. dem Handel nur einen Gefallen damit erweist, wenn man auch die Schifffahrtsurkunden und Frachtbriefe in der Binnenschifffahrt einer gleichen Steuer unterwirft. Trotz des Hinweises unseres Genossen Lipinski und der Freisinnigen Kämpf, Gothein, Dr. Wiemer und Dowe auf den eminent handelsschädigenden Charakter dieser Steuer, stimmte die Mehrheit dem Reichsschatzsekretär zum Gefallen für die etwa M. 200 000 bringende Vorlage, nachdem der Antrag der Freisinnigen, sie wieder an die Kommission zurückzuverweisen, abgelehnt war.

Die Leidtragenden in diesem Falle werden die kleinen, „bis auf die Knochen königstreuen“ Binnenschiffer wieder sein, die wirtschaftlich nicht stark genug sind, um die Steuer abwälzen zu können.

Die „dringendsten“ Geschäfte des Reichstags sollen, wie gestern berichtet, wenn irgend möglich bis zum 30. Mai erledigt werden, um dann bis zum Herbst die Verhandlungen zu vertagen. „Dringend“ sind für die Regierung natürlich in erster Linie der Etat und die Steuervorlagen. Würden sie nicht bis zum 31. Mai fertig, so müßte nochmals ein weiteres „Notgesetz“ erlassen werden, da das vor dem 1. April beschlossene nur bis Ende Mai Vorsorge trifft. Die Regierung will aber auch die Militärpensionsgesetze noch zur Verabschiedung bringen und daneben muß die Diätenvorlage noch erledigt werden. Nach dem vom Präsidenten beabsichtigten Beratungsmodus ist unter Fortfall der Schwerinstage die Erledigung der bezeichneten Vorlagen innerhalb des in Aussicht genommenen Termins angängig. Die Einbuße an Schwerinstagen soll dadurch ausgeglichen werden, daß bei Wiederzusammentritt des Reichstages sofort eine Anzahl Schwerinstage stattfinden, damit namentlich der Toleranzantrag des Zentrums und der Antrag auf Heimarbeiterschutz der Sozialdemokratie ihre Erledigung finden. Neben den Initiativanträgen werden im Herbst die übrigen, bereits aus den Kommissionen hervorgegangenen Regierungsvorlagen in Angriff genommen werden können, da der Etat für 1907 erst Mitte Dezember vorgelegt werden wird. Der Seniorenkonvent stimmte den Vorschlägen des Präsidenten zu.

Hiernach wird sich der Verlauf der Beratungen wie folgt gestalten:

In der laufenden Woche sollen die sämtlichen Steuervorlagen und das sog. Mantelgesetz in zweiter Beratung erledigt werden. Dann folgt die zweite Lesung der Diätenvorlage. Hierauf dritte Beratung der Steuervorlagen, des Flottengesetzes und der Diätenvorlage. Diesen Verhandlungen schließt sich die zweite Beratung der Militärpensionsgesetze an, für die drei Tage in Aussicht genommen sind.

Dann folgt die dritte Beratung dieser Gesetze, während die dritte Lesung des Etats den Schluß der vor der Vertagung in Aussicht genommenen Beratung macht.

Der neue Fahrkartensteuerantrag der Mehrheitsparteien des Reichstages liegt jetzt im Wortlaut vor. Er lautet:

1. Im Artikel 2 erhält die Nummer 7 des Tarifes folgende Fassung:

Personenfahrkarten.

7. a) Fahrkarten, Fahrscheine und sonstige Ausweise über die erfolgte Zahlung des Personenfahrgeldes im Eisenbahnverkehr auf inländischen Bahnlinien

bei einem Fahrpreise von:	in III. Wagenklasse ₰	in II. Wagenklasse ₰	in I. Wagenklasse ₰	
0,60 M. bis 2 M. . . .	5	10	20	
mehr als 2 „ „ 5 „ . . .	10	20	40	vom einzelnen Fahrtausweise
„ „ 5 „ „ 10 „ . . .	20	40	80	
„ „ 10 „ „ 20 „ . . .	40	80	160	
„ „ 20 „ „ 30 „ . . .	60	120	240	
„ „ 30 „ „ 40 „ . . .	90	180	360	
„ „ 40 „ „ 50 „ . .	140	270	540	
„ „ 50 „	200	400	700	

Fahrkarten von Straßen- und ähnlichen Bahnen, welche getrennte Wagenklassen nicht führen, werden wie Fahrkarten dritter Klasse behandelt.

b) Fahrkarten, Fahrscheine und sonstige Ausweise über die erfolgte Zahlung des Personenfahrgeldes im Dampfschiffsverkehr auf inländischen Wasserstraßen und Seen sowie im Dampfschiffsverkehr der Nord- und Ostsee zwischen inländischen Orten unterliegen den unter a für die dritte Wagenklasse festgesetzten Steuersätzen. Wenn das Dampfschiff verschiedene Fahrklassen führt, gelten die unter a für die dritte Wagenklasse festgesetzten Steuersätze für die niedrigste Fahrklasse, die unter a für die zweite Wagenklasse festgesetzten Steuersätze gleichmäßig für die höheren Fahrklassen.

Befreit sind: 1. Fahrkarten usw., wenn deren tarifmäßiger Fahrpreis, bei Zeitkarten der Gesamtpreis der Zeitkarte, bei Fahrkarten von und nach ausländischen Orten der Fahrpreis für die im Inlande zurückzulegende Strecke den Betrag von 60 ₰ nicht erreicht; 2. die zu ermäßigten Preisen ausgegebenen Militär- und Arbeiterfahrkarten, 3. Fahrkarten der dritten Wagenklasse, soweit im Eisenbahnverkehr eine vierte Wagenklasse nicht geführt wird, und der Fahrpreis der dritten Wagenklasse den Satz von 2 ₰ für das Kilometer nicht übersteigt.

Anmerkung zu Tarifnummer 7. Von Zusatzkarten, die zur Fahrt in einer anderen Zuggattung oder auf einem Dampfschiff anderer Gattung (Eil-, Luxusdampfer) berechtigen, ist eine besondere Abgabe nicht zu entrichten. Von Zusatzkarten, die zur Fahrt in einer höheren Fahrklasse berechtigen, ist die Stempelabgabe in Höhe des Unterschiedes zwischen dem Stempelbetrage für diese Fahrklasse und dem zur Hauptkarte geschuldeten Stempelbetrage zu entrichten. Berechtigt eine Fahrkarte nach Wahl des Reisenden zur Benutzung der Eisenbahn oder des Dampfschiffes, so hat die Stempelberechnung unter Berücksichtigung derjenigen Beförderungsweise zu erfolgen, die den höheren Stempelbetrag ergibt. Die Vorschrift findet entsprechende Anwendung, wenn eine Fahrkarte (Fahrscheinheft) zum Teil zur Benutzung einer höheren Wagenklasse berechtigt.

II. Im Artikel 4 ist hinter dem § 40 i folgende Vorschrift einzufügen:

§ 40 ii.

Der Bundesrat ist befugt, während einer längstens auf ein Jahr zu bemessenden Uebergangszeit das Verfahren bei der Stempelerhebung abweichend von den vorstehenden Vorschriften zu regeln.

Das Zentrum hat nach der „Germania“ bereits am Sonnabend seinen Segen zu diesem Antrage gegeben; auch die Regierung ist mit ihm einverstanden. Da wird die steuersüchtige Mehrheit alle noch so gewichtigen Gründe gegen diese Verkehrsbelastungen in den Wind schlagen. Geld, viel Geld soll beschafft werden, um den großen Reichsdalles wenigstens für kurze Zeit zu heilen. Da kommt es den Mehrheitsparteien nicht mehr darauf an, welches Unheil durch die ausgeklügelten Steuern angerichtet wird. Gegengründe und Gegenanträge werden, wie bei der Zigarettensteuer, einfach niedergestimmt.

Das amtliche Ergebnis der Stichwahl in Darmstadt-Großgerau ist folgendes: Es wurden 32 437 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielt Landtagsabgeordneter Genosse Berthold 16 632, Rechtsanwalt Dr. Stein (NL.) 15 805. Berthold ist gewählt.

Rache für die Niederlage in Darmstadt wollen die Nationalliberalen an der Freisinnigen Vereinigung nehmen, die es zusammen mit den versprengten Nationalsozialen und einem Häuflein süddeutscher Demokraten versucht, den Liberalismus ernst zu nehmen und aus den schönklingenden Worten die Konsequenz in Taten zu ziehen. Der in Darmstadt gemachte erste Versuch dieser Art ist ja verunglückt; die große Mehrheit der „entschieden Liberalen“ hat die paar Führer total im Stich gelassen. Dieser Verrat der „entschieden Liberalen“ an den eigenen Parteigrundsätzen hat der Sozialdemokratie nicht geschadet, ihren Sieg nicht hindern können. Der Sieg wäre wahrscheinlich auch unser gewesen, wenn der Wahlausschuß der „Vereinigten Liberalen“ die Wahlparole „Für den Sozialdemokraten“ nicht ausgegeben hätte. Aber die unterlegenen Nationalliberalen wollen einen Prügeljungen für ihr Mißgeschick haben und da ist ihnen die Freisinnige Vereinigung gerade recht dazu. Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei hat also am Sonntag in Berlin folgende welterschütternde Resolution beschlossen.

„Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei spricht seine Entrüstung darüber aus, daß die sogenannten „Vereinigten Liberalen“ im Wahlkreise Darmstadt-Großgerau unter dem ausschlaggebenden Einflusse anerkannter Führer der mit den Nationalsozialen fusionierten Freisinnigen Vereinigung die Parole ausgegeben haben, in der Stichwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten gegen den von ihr als persönlich einwandfrei anerkannten nationalliberalen Kandidaten einzutreten. Der Zentralvorstand muß dieser Tatsache gegenüber die angeblichen Bemühungen der genannten Partei, einen Zusammenschluß aller Liberalen herbeizuführen, als für die liberale Sache wertlos bezeichnen. Der Zentralvorstand fordert die Parteifreunde im Lande auf, jedem Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung so lange ihre Stimme zu versagen, bis diese Partei genügende Sicherheit dafür bietet, daß sich ihre Anhänger einen derartigen Verrat an der liberalen Sache nicht wieder zu schulden kommen lassen werden.“

Die „Nationalzeitung“ versucht diese Resolution noch zu verschärfen durch die Bemerkung: „Es wäre eine gefährliche Selbsttäuschung, wenn sich die freisinnige Vereinigung auch nur einen Augenblick bei dem Troste beruhigen würde, daß eine Resolution nicht mehr sei, als ein Stück Papier. Die Resolution bedeutet ein Ultimatum in schärfster Form, wenn auch noch keine formelle Kriegserklärung.“

Bezeichnend für die Situation im „liberalen“ Lager ist, daß die „Freie Deutsche Presse“, das offizielle Parteiorgan der freisinnigen „Volkspartei“, diese Wutausbrüche der Nationalliberalen gegen die feindlichen Brüder vom Freisinn mit gewisser Genugtuung registriert. Haben doch auch die Organe dieses Jammerfreisinns für den Reaktionär Dr. Stein in Darmstadt Propaganda gemacht.

Die Herren Dr. Barth und Naumann werden den papiernen Bannfluch der Nationalliberalen wohl nicht allzu tragisch nehmen. Ersterer erklärte am Sonnabend in seiner „Nation“: „Eine Einigung des Liberalismus zu dem Zweck, um eine neue Schutztruppe für die Reaktion herzustellen, kann vom Standpunkt des entschiedenen Liberalismus aus nicht nachdrücklich genug bekämpft werden. Eine derartige Einigung würde nicht nur das Ende des wirklichen Liberalismus bedeuten, sondern auch der Sozialdemokratie neue politische Kräfte zuführen.“

Das ist richtig. Aber die neue Schutztruppe der Reaktion ist wirklich aus den Reihen der „entschieden Liberalen“ erstanden. Und das Ende des „wirklichen“ Liberalismus ist in sehr greifbare Nähe gerückt, denn, wie die Wahl in Darmstadt zeigt, hört der „wirkliche“ Liberalismus auf, Wirklichkeit zu sein, sobald es Ernst werden soll. Wenn die Führer des „wirklichen“ Liberalismus ihre Mannen zum Sturm gegen die Reaktion kommandieren, dann kehren die meisten schleunigst um und rennen in das gegnerische Lager. Wir kannten diese „liberalen“ Pappenheimer schon immer; die Darmstädter Wahl hat sie wieder in voller Glorie gezeigt.

Die süddeutschen Nationalsozialen haben am 7. Mai in Stuttgart ihren Parteitag gehabt, auf dem sie „zur Einigung des Liberalismus“ folgende Resolution annahmen: „Der Parteitag sieht in der Einigung des Liberalismus nach wie vor eine Hauptaufgabe seiner einzelnen Verbände und Vereine. Dabei ist selbstverständlich, daß es sich bei jeder Einigung des Liberalismus nur um die Selbstbesinnung der liberalen Gruppen auf ihre entschieden freiheitlichen Aufgaben und daher praktisch unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen nur um die Frontstellung gegen die rechtsstehenden Parteien handeln darf.

Die Stichwahl in Darmstadt hat gezeigt, daß — von wenigen achtenswerten Ausnahmen abgesehen — die „Liberalen“ in hellen Haufen ins reaktionäre Lager überlaufen und an die „entschieden freiheitlichen Aufgaben“ nicht im Mindesten denken, wenn ihre Spießbürgergemüter durch den Sozialismus erschreckt werden.

Die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise in Elsaß-Lothringen sollte nach der Mitteilung des „Reichsanzeigers“ eine am letzten Donnerstag im Bundesrate behandelte Vorlage betreffen. Nach einem Straßburger Telegramm handelt es sich dabei nur um eine Bagatelle, nämlich lediglich darum, daß die Wahlkreise 13, Diedenhofen, und 14, Metz, derartig abgegrenzt werden sollen, daß eine vor einigen Jahren neu entstandene Gemeinde in Stahlheim, die zu Teilen beiden Wahlkreisen angehört, in ihrem ganzen Umfange dem 14. Wahlkreise zugewiesen wird.

Zum Nachfolger Buddes als Eisenbahnminister soll nach den Mitteilungen Berliner Blätter der Präsident der Eisenbahndirektion Köln, Breitenbach, ernannt worden sein; die Ernennung soll jedoch erst in einigen Tagen offiziell bekannt gegeben werden. Breitenbach ist Jurist, aber schon lange im Eisenbahndienst. Er wurde am 16. April 1850 in Danzig geboren, 1878 zum Regierungsassessor ernannt, 1882 wurde er als ständiger Hülfsarbeiter ins Eisenbahnministerium berufen; 1885 wurde er als Regierungsrat Direktionsmitglied, 1893 Leiter des rheinisch-hannoverschen Betriebsamtes, 1895 Oberregierungsrat bei der Direktion